

Rebellion.org\_08.11.10 Rezension des Buches von Shir Hever

**„The Political Economy of Israel's Occupation: Repression Beyond Exploitation“ (Pluto Press, 2010)**

*Alex Snowden/Counterfire*

Shir Hever, ein radikaler israelischer Wirtschaftsfachmann schrieb kürzlich einen Artikel, in dem er die Frage aufwarf: „Warum besetzt Israel noch immer die Palästinenser?“ Das ist eine der Hauptfragen in seinem neuen Buch, einer ehrgeizigen Arbeit über die politische Ökonomie der Besetzung.

Hever ist Akademiker und Aktivist der israelischen Linken mit einer durchgehend kritischen Haltung gegenüber dem Staat Israel. Als Forscher am Zentrum für Alternative Information in Jerusalem hat er Zugang zu vielen Quellen zur wirtschaftlichen Dynamik der israelischen Besetzung. Indem er die Entwicklung ab 1967, als Israel seine Besetzung Palästina massiv ausweitete, nachzeichnet, zeigt Hever eine unschätzbare historische Perspektive auf. Auch wenn es bei diesem Thema überraschen mag, Hevers Buch ist auch für Laien gut verständlich.

Die Analyse versucht einige wichtige Fragen anzugehen: Warum leben die Palästinenser in den besetzten Gebieten in einer so schrecklichen Armut? Zieht Israel Nutzen aus der Armut der Palästinenser? Wenn ja, wie? Eine große Stärke des Buches ist, dass Hever Vereinfachungen geschickt vermeidet. Der Fokus liegt vor allem auf den „wirtschaftlichen Aspekten der Beziehungen zwischen israelischen Behörden und den Palästinensern unter der Besetzung“; Hever weist aber auch darauf, dass wichtige Aspekte wie die militärischen und geopolitischen oft vernachlässigt werden. Er weist aber auch die Vorstellung zurück, dass Israel die Besetzung nur aus streng wirtschaftlichen Überlegungen aufrecht erhält. Die Realität ist komplexer. Er betont, dass „sich die Aktionen so vieler Akteure, die die Besetzung verewigen oder sich ihr widersetzen, nicht nur mit dem Profit erklären lassen“.

Die wirtschaftliche Ungleichheit ist ein wiederkehrendes Thema. Wenn es auch stimmt, dass „bestimmte palästinensische Politiker und Geschäftsleute sehr viel reicher sind als bestimmte Israelis aus den sozioökonomisch niedrigeren Schichten“, besteht doch grundlegend zwischen Israelis und Palästinensern eine globale Ungleichheit. Akute Armut ist in den besetzten Gebieten weit verbreitet; die Entwicklung der palästinensischen Wirtschaft im Ganzen wird als Teil eines weiteren Prozesses der Ausbeutung und Unterwerfung verhindert.

Hever verliert nie die Tatsache aus dem Blick, dass er über einen zwar sehr kleinen Teil der Welt schreibt, der aber im Fokus einer großen weltweiten Aufmerksamkeit liegt. Es ist bekannt, dass Israel Empfänger einer immensen US-amerikanischen „Übersee-Hilfe“ ist, während für viele hoffnungslos verarmte Palästinenser eine andere internationale Hilfe überlebensnotwendig ist. Die israelische Politik gegenüber Gaza besteht darin, „den Gazastreifen immer am Rand einer humanitären Katastrophe zu halten“, als eine überlegte Politik mit dem Ziel, Widerstand und Selbst-Organisation zu unterdrücken. Aber Hever betont auch die fortdauernden und wesentlich irrationalen Widersprüchlichkeiten in der israelischen Politik, die sich aus den Widersprüchen und der Irrationalität des Kapitalismus und der Besonderheiten der Besetzung ergeben.

Während zum Beispiel die Besetzung aus dem Blickwinkel der israelischen Ökonomie und Gesellschaft in ihrer Gesamtheit sicher unwirtschaftlich ist, gibt es ganz spezifische Interessen von Militär und Unternehmern, denen es mit der Besetzung sehr gut geht. Übrigens hat Israel in der Vergangenheit gelegentlich erlaubt, dass sich der Lebensstandard der Palästinenser bis zum einem bestimmten Grad anhebt, um „sie gefügiger zu machen“, um dann danach „brutale Angriffe zu starten, die die für das Überleben der palästinensischen Bevölkerung notwendige Infrastruktur zerstören“. Israel ist die internationale Hilfe für die Palästinenser willkommen, denn sie entlastet sie etwas von ihrer Verantwortung. Aber dann errichtet Israel für diese Hilfe eine Vielzahl von Hindernissen, sodass sie nicht die erreicht, für die sie bestimmt ist.

Hever vermeidet es, die Ökonomie der Besetzung als etwas Zeitloses und Unveränderliches zu schildern. Ganz im Gegenteil: es hat ihn fasziniert zu entdecken, wie sich die wirtschaftlichen Beziehungen im Lauf von 40 Jahren bzw. seit der Besetzung des Gazastreifens und der Westbank entwickelt haben, auch wenn es sich im allgemeinen um einen sehr traurigen Bericht über die sich verschlechternden Lebensbedingungen im besetzten Palästina handelt. Nach 1967 gab es eine Periode relativen wirtschaftlichen Aufschwungs, in der es Israel eher um Kooperation mit den Palästinensern ging als zu versuchen sie gewaltsam zu unterwerfen. In dieser Zeit war es wichtiger, einen Konsens zu finden als Druck auszuüben. Jedenfalls aber hat Israel die Entwicklung einer unabhängigen und lebensfähigen palästinensischen Wirtschaft verhindert und sicher gestellt, dass die Bevölkerung unter der Besetzung in großem Maße von israelischen Importen, von israelischen Geldinstituten und von der Beschäftigung in israelischen Unternehmen abhängig ist. Hever schreibt:

„Die israelischen Behörden unterdrückten die lokalen palästinensischen Einkommensquellen und machten die Überweisungen der palästinensischen Arbeiter in Israel, in den jüdischen Siedlungen der besetzten Gebieten und aus den Golfstaaten zur hauptsächlichen Einkommensquelle.“

In den 1980er Jahren verschlechterte sich die Lage. Der fallende Ölpreis hatte eine geringere Nachfrage nach palästinensischen Gastarbeitern in den Golfstaaten zur Folge. Ein Kollaps an der israelischen Börse führte zu endlosen Problemen für die palästinensischen Arbeiter in Israel: geringere Einkommen bei härteren Arbeitsbedingungen, dazu Missbrauch und Diskriminierung. Das Anwachsen jüdischer Siedlungen in den besetzten Gebieten führte zum Raub palästinensischen Landes und schadete der lokalen Wirtschaft. Und die israelische Politik stützte sich mehr auf Kriegsführung als auf Konsens und Übereinkommen. Alle diese Faktoren hatten einen Einfluss auf den Ausbruch der 1987 beginnenden ersten Intifada, dem kämpferischen Aufstand der Palästinenser gegen die Unterdrückung.

Schnell kam es zum Oslo-Prozess, der 1993 begann. Ein Prozess, der nichts für die palästinensische Wirtschaft tat; in Wirklichkeit gab es eine Verschlechterung des Lebensstandards, was wiederum ein Faktor für den Ausbruch der zweiten Intifada 2000 war. Ein sehr großes Problem in diesen Jahren war die zunehmende Einschränkung von Beschäftigungsmöglichkeiten für Palästinenser, die Arbeit in Israel suchten. Die wachsende Armut und die Diskriminierung nährten Bitterkeit und Enttäuschung.

Während der Jahre des Oslo-Prozesses (1993-2000) tat sich ein Abgrund auf: während die israelische Wirtschaft boomte, schrumpfte die palästinensische Wirtschaft. Nach 2000, als die Palästinenser des Gazastreifens und der Westbank zur Vermeidung einer humanitären Katastrophe immer mehr auf fremde Hilfe angewiesen waren, fiel der Lebensstandard weiter. In der Westbank hat es Palästinensische Autonomiebehörde nicht einmal geschafft, die Lebensbedingungen der lokalen Bevölkerung marginal zu verbessern, sondern hat oft im heimlichen Einverständnis mit der israelischen Besatzungspolitik agiert. Neve Gordon hat sich oft mit dem Ausdruck „Auslagerung (outsourcing) der israelischen Besatzung zur Palästinensischen Autonomiebehörde“ darauf bezogen.

Hever unterstreicht, wie teuer die Besatzung zur Zeit kommt, speziell wegen den enormen Ausgaben für den komplexen Sicherheitsapparat. Eine Kosten-Nutzen-Schätzung der Besatzung kommt zum Schluss, dass drei Gruppen für ihre Aufrechterhaltung zahlen: die israelischen Steuerzahler, die Palästinenser (durch die Ausbeutung ihrer billigen Arbeitskraft) und die USA (durch Stützung der schwachen israelischen Wirtschaft). Aber man zieht auch Nutzen aus der Besatzung. Es überrascht nicht, wenn man erfährt, dass „es nach den Angriffen des 11. September 2001 auf dem israelischen Wirtschaftssektor der militärischen Sicherheit einen raschen Boom an der Börse und in den Geschäften gab“. Die großen internationalen Ölgesellschaften, die Rüstungsproduzenten und die „Sicherheitsindustrie“ haben alle substanziellen Nutzen aus der Besatzung gezogen.

Allgemeiner ausgedrückt, die letzten Jahre haben gezeigt, dass die Besatzung und die israelische Politik es ausgezeichnet schafft, Geschäfte zu machen: „Die neoliberale Politik der israelischen Regierung ermöglichte es, dass die großen Gesellschaften bei minimaler Reglementierung und minimalen Abgaben hohe Gewinne machen und sehr günstig Regierungsaktien kaufen konnten, während die Regierung sich mit großer Eile in die Privatisierung stürzte. Die, die aus der israelischen Krise Nutzen ziehen, haben kein Interesse daran, sie zu beheben.“

In seiner Schlussfolgerung zeichnet Hever die Charakteristika einer Zwei-Staaten- und einer Ein-Staaten-Lösung, indem er speziell die wirtschaftlichen Dimensionen dieser Frage untersucht. Und er neigt eindeutig zur Ein-Staaten-Lösung, d.h. zu einem einzigen säkularen und demokratischen Staat auf dem ganzen Gebiet des historischen Palästina. Er zeigt sich gegenüber den Problemen realistisch und legt dar, dass wenigstens ein Rahmen und die notwendigen Instrumente geschaffen werden müssten, um viele der aktuellen wirtschaftlichen Ungerechtigkeiten anzugehen.

Er lobt auch die Bemühungen der internationalen Boykottkampagne und verweist dabei auf die Anti-Apartheid-Bewegung von Südafrika als wichtigen Präzedenzfall. Die Boykottkampagne kann wirksam werden, da der israelische Unternehmenssektor in großem Maße vom internationalen Handel abhängig ist. Die Boykott-Bewegung ist unabdingbar im Bemühen um „eine Ablösung des derzeitigen Repressionssystems durch einen demokratischen Staat, der alle Menschen repräsentiert, die auf dem zur Zeit von Israel kontrollierten Gebiet leben“.

Quelle für die spanische Übersetzung durch Sinfo Fernandez:

<http://www.counterfire.org/index.php/features/53-reviews/7331-the-political-economy-of-israels-occupation-repression-beyond-exploitation>

*Aus dem Spanischen übertragen von Eva Franceschi*